



IHK BERLIN

Arbeitsprogramm 2026 für die Berliner Wirtschaft

beschlossen von der Vollversammlung am 10. Dezember 2025



Arbeitsprogramm 2026 für die Berliner Wirtschaft

Inhalt

Ziel: Berlin soll eine moderne Weltmetropole werden	2
Berlin braucht wirksame Bildung	4
Berlin braucht zukunftsfähiges Unternehmertum	8
Berlin braucht eine pragmatische Stadtentwicklung	12
Berlin braucht innovatives Wachstum	16
Berlin braucht eine funktionierende Stadtverwaltung	22
Berlin braucht eine leistungsstarke Industrie- und Handelskammer	24

Ziel: Berlin soll eine moderne Weltmetropole werden

Der Name „Berlin“ ist eine globale Hausnummer. Die bewegte Stadtgeschichte, die politischen Umbrüche und die erfolgreichen Transformationsprozesse der vergangenen Jahrzehnte machen Berlin zu einem weltweit bekannten Schmelztiegel. Die Geschichte Berlins ist dabei lange noch nicht zu Ende erzählt. In den kommenden Jahren und Jahrzehnten stellt sich einmal mehr die Frage, in welche Richtung sich unsere Stadt entwickeln wird. Wie kann sie sich im internationalen Standort-Wettbewerb gegen die anderen Weltmetropolen behaupten? Wie kann sie zum wirtschaftlichen Leuchtturm Europas werden? Welchen Weg wird Berlin beschreiten, um sich immer weiterzuentwickeln und doch Berlin zu bleiben?

Im Jahr 2026 wird Berlin Antworten auf diese Frage liefern. Die Abgeordnetenhaus-Wahl im September setzt die Leitlinien für die Landespolitik der kommenden fünf Jahre. Zudem stehen weitere wichtige Weichenstellungen für das Berlin der Zukunft an. Die Berliner Wirtschaft wird sich aktiv in diese Debatte einbringen, denn für uns ist klar: **Berlin soll eine moderne Weltmetropole werden.**

Die Berliner Unternehmen sind auf **Luft zum Atmen** angewiesen. Der Trend der überbordenden Bürokratie und der stetig wachsenden Belastung der Unternehmerinnen und Unternehmer muss gebrochen werden und die Verwaltung von einem Bremser zu einem Ermöglicher und Dienstleister der Wirtschaft transformiert werden. Die Berliner Wirtschaft ist auf gute politische Rahmenbedingungen angewiesen, um erfolgreich wirtschaften und eine Resilienz gegenüber Krisen herausbilden zu können.

Die Berliner Unternehmen brauchen **Fach- und Arbeitskräfte**. Die Berliner Wirtschaft setzt sich für die Modernisierung sowie Steigerung der Attraktivität der dualen Ausbildung ein. Um die prognostizierte Fachkräftelücke von knapp 70.000 unbesetzten Stellen in 2026 zu schließen, muss über den Tellerrand hinausgeschaut werden. Neben der Erschließung von Fach- und Arbeitskräftepotentialen im Inland, ist Berlin auf die Gewinnung von Fach- und Arbeitskräften aus dem Ausland angewiesen. Hier gilt es Hürden abzubauen, Brücken zu bauen und die Bedarfe der Unternehmen zu adressieren.

Die Berliner Unternehmen bauen auf einen **starken Standort**. Mit innovativen Konzepten und internationalen Großveranstaltungen, wie der EXPO 2035, einer Internationalen Bauausstellung (IBA) und Olympia, vergrößern wir die internationale Strahlkraft Berlins. In der Stadt sichern wir Gewerbeflächen und Wohnraum und entwickeln eine zukunftsfähige Mobilität. Die zentralen Assets der Berliner Wirtschaft, für die unsere Stadt international beneidet wird, wollen wir weiter stärken. Wir wollen aus unserem starken Wissenschaftsstandort mehr Wertschöpfung generieren und die Digitalisierungs- und Innovationspotentiale Berlins heben.

Das Jahr 2026 steht für die Berliner Wirtschaft im Zeichen der folgenden drei zentralen Themen:



Die Mitglieder der Vollversammlung, des Präsidiums, der Themenausschüsse sowie der Branchenformate wollen die Gestaltung Berlins zu einer modernen Weltmetropole weiter voranzutreiben. Wir streben ein Berlin an, das sich langfristig ausrichtet und von einer nachhaltigen Perspektive geprägt ist. Diese moderne Weltmetropole setzt sich nach unserer Überzeugung aus den folgenden Schlüsselfaktoren zusammen:

- Berlin braucht wirksame Bildung
- Berlin braucht zukunftsfähiges Unternehmertum
- Berlin braucht eine pragmatische Stadtentwicklung
- Berlin braucht innovatives Wachstum
- Berlin braucht eine funktionierende Stadtverwaltung
- Berlin braucht eine leistungsstarke Industrie- und Handelskammer

Berlin braucht wirksame Bildung

Fach- und Arbeitskräfte ausbilden

Die duale Ausbildung ist tragende Säule der Fachkräftesicherung. Wir setzen uns mit aller Kraft dafür ein, dass sie sowohl für Auszubildende als auch für Ausbildungsbetriebe noch attraktiver wird.

- Aktiv sich dafür einsetzen, dass Mobilität für Azubis vergünstigt und bezahlbarer Wohnraum geschaffen wird; das Thema mit konkreten Empfehlungen und Modellen für das Azubiwohnen vorantreiben und den Senat bei der Einführung eines rabattierten Azubi-Jobtickets unterstützen; dies bei den Mitgliedsunternehmen bekannt machen und die Umsetzung in den Unternehmen durch Informationsmaßnahmen unterstützen.
- Bei der Umsetzung und Weiterentwicklung des 11. Pflichtschuljahres sich mit konkreten Empfehlungen einbringen und sich für eine zukunftsfähige Weiterentwicklung des Übergangs von Schule in den Beruf aktiv einsetzen, u.a. Austauschformate mit den Oberstufenzentren und Unternehmen anbieten.
- Kontinuierlich die Modernisierung des dualen Ausbildungssystems vorantreiben und durch konkrete Reformansätze eine breite Diskussion zur Weiterentwicklung des Ausbildungssystems anregen, bei der relevante Entscheidungsträger und zentrale Multiplikatoren auf Landes- und Bundesebene einbezogen werden; ein Unterstützernetzwerk („Allianz der Willigen“) aufbauen, um die duale Ausbildung zukunftsfähiger, flexibler und attraktiver zu gestalten.
- Eine Weiterentwicklung des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) anstoßen und aktiv begleiten: Verfahrensbeschleunigung und -flexibilisierung entsprechend den dynamischen Anforderungen des Arbeitsmarktes, Ausbildungsordnungen zeitnah an technologische Entwicklungen und veränderte Branchenbedarfe anpassen und Modularität fördern, flexiblere Anrechnung von im Ausland absolvierten Ausbildungszeiten, die Attraktivität der dualen Ausbildung im europäischen und globalen Kontext stärken.
- Die Bundeskampagne zur dualen Ausbildung in DIHK-Gremien unterstützen, regionalen Bezug und Sichtbarkeit der IHK Berlin ausbauen und zusätzliche Maßnahmen koordinieren; Ausbildungsunternehmen befähigen, sich an der Kampagne zu beteiligen.
- Jahreskongress Berufliche Bildung Jakobb 2026 nach Berlin holen und durchführen und damit positive Impulse für die Lernortkooperationen zwischen Ausbildungsunternehmen und Berufsschulen setzen und deren Zusammenarbeit verbessern.

Eine gute Berufsorientierung und das sichere Beherrschen von Basiskompetenzen sind zentral für den Übergang von der schulischen zur beruflichen Ausbildung. Wir gestalten diesen Übergang fließender und verbessern das frühzeitige Matching von Jugendlichen und Betrieben weiter.

- Die Berufsorientierung in Berlin weiter verbessern und Schulen, Unternehmen sowie weitere relevante Akteure in die Lage versetzen, das Thema Berufsorientierung neu zu denken; dafür nutzen wir u.a. die Erkenntnisse aus dem Kooperationsprojekt "BOOM" (Berufsorientierung organisiert und modular).
- Sich dafür einsetzen, eine einheitliche und breit akzeptierte Datengrundlage hinsichtlich der Ermittlung der Zahlen der verfügbaren Ausbildungsplätzen sowie der Ausbildungssuchenden zu schaffen.
- Wirkungsanalyse einzelner Maßnahme der Ausbildungsoffensive durchführen und Ableitungen für das zukünftige Portfolio treffen.
- Lücke bei der Berufsorientierung schließen und den Zugang zu echten Praxiserfahrungen bei Berliner Unternehmen ermöglichen mit Praktikumswoche, Ausbildungsbotschaftern, Ausbildungsatlas, www.praktikum.berlin und dem Ausbau von Kooperationen mit Schulen in Zusammenarbeit mit Partner Schule Wirtschaft.
- Kooperationen zwischen Unternehmen und den drei ausgewählten Ankerschulen im Rahmen des 11. Pflichtschuljahres vorantreiben; Praxiserfahrungen ermöglichen; an 15 Ankerschulen über den Projektzeitraum Stellen ausbauen, sofern bei den Pilotschulen eine positive Wirkung gemessen werden kann.
- Das Berufsorientierungs-Pilotprojekt BOOM erfolgreich an den ausgewählten Schulen in Klasse 7-10 etablieren und weiter skalieren.
- Talent- und interessenorientierte Berufswahl für Schüler der 8./9. Klasse und für Schülerinnen und Schüler des 11. Pflichtschuljahrs mit dem Talente-Check Berlin und dem Showroom duale Ausbildung ermöglichen, Berufswahltest optimieren, Showroom duale Ausbildung modernisieren.
- Kooperationen mit etablierten Messeformaten, wie Einstieg, Karrierekick, Traumberuf und ABI-Zukunft fortführen.
- Für eine bessere Schulqualität und die dafür notwendigen Reformen im Bildungssystem einsetzen; einen Schwerpunkt dabei auf der Optimierung der Netzwerke und der Zusammenarbeit zwischen Schulen und außerschulischen Partnern legen.
- Wirken des Netzwerks Stiftung Kinder forschen politisch sichtbar machen; Angebote zu Zukunfts-, Basis- und Sprachkompetenzen mit Stiftung weiter ausbauen, sowie deren Sichtbarkeit erhöhen; pädagogische Weiterbildungen weiterhin durchführen; Angebote für Unternehmer durchführen und weiterentwickeln.
- „Ich mach mich selbstständig“ (IMMS) fortführen.

Das passende Matching der Azubis mit den Ausbildungsbetrieben ist ein zentraler Hebel für eine erfolgreiche Ausbildung. Wir bringen beide Seiten zusammen, beraten, begleiten den Prozess und verbessern unsere Angebote stetig.

- Die aus der Mitwirkung am Bündnis für Ausbildung entstandenen Ergebnisse einfordern und im Sinne der Gesamtinteressenvertretung Schaden für den Wirtschaftsstandort abwenden; Unternehmen gezielt ansprechen und Einbindung von Unternehmen und Unternehmensbeispielen in Politik- und Stakeholder-Gesprächen intensivieren; sich klar und entschieden gegen die Einführung einer Ausbildungsplatzabgabe platzieren und dieser Position öffentliche Sichtbarkeit und politische Relevanz verleihen.
- Maßnahmen zur Gewinnung neuer Ausbildungsbetriebe ausbauen, Ausbildungsberatung im neuen CRM abbilden und datenbasierte digitale Prozesse etablieren, z.B. konsequentes Nachfassen nach Erstberatung, neue Services für noch nicht ausbildende und für bereits ausbildende Unternehmen entwickeln und etablieren, Programm zur Verhinderung von Ausbildungsabbrüchen anpassen und verstetigen.
- Mitgliedsunternehmen bei der Steigerung der Anzahl von Ausbildungs- und Praktikumsplätzen durch verbesserte Serviceangebote, Teilnahme an Schulveranstaltungen zur Berufsorientierungs- und Matching-Themen unterstützen; direkte Kanäle zu den Berufsorientierungs-Teams an den Schulen verstetigen, um Zugang zu Schülerinnen und Schülern zu erlangen und Ausbildungsunternehmen bei der Besetzung der Ausbildungs- und Praktikumsplätze durch verschiedene Veranstaltungsformate unterstützen.
- Auszubildende zum Thema Ausbildung beraten und betreuen, Ergebnisse aus Azubiberatungen systematisch erfassen und auswerten, daraus passgenaue Maßnahmen ableiten und Veranstaltungsformate für Azubis wie „Fit für die Ausbildung“ darauf ausrichten und regelmäßig anbieten.
- Unternehmen zum Thema Ausbildung beraten und betreuen, insbesondere Beratungsangebote um Themen wie Nachhaltigkeit in der Ausbildung, Heben von Digitalisierungspotentialen - wie z. B. mobiles Arbeiten in der Ausbildung, Diversity, Klimawandel und Inklusion anreichern, regelmäßig Veranstaltungen für Ausbilder, wie z.B. „Ausbilderfrühstücke“ durchführen.
- Ca. 10.000 Ausbildungsverträge prüfen und registrieren, Anteil der online eingereichten Verträge auf über 90 % steigern.

Die Durchführung von Aus- und Weiterbildungsprüfungen ist Kernaufgabe der IHK. Wir garantieren die Qualität dieser Prüfungen und setzen uns für ihre effiziente und moderne Durchführung sowie stetige Weiterentwicklung ein.

- Aus- und Weiterbildungsprüfungen weiterhin rechtskonform, qualitativ hochwertig, serviceorientiert und effizient durchführen, u. a. durch den Ausbau der digitalen Prüfungsinfrastruktur und -abwicklung; Relaunch des Onlineportals für die berufliche Bildung mit dem Ziel, kundenorientierter zu agieren.
- Die Novellierung von Berufsbildern und Weiterbildungsabschlüssen in Prüfungen qualitativ hochwertig umsetzen.

- Digitales Prüferportal für die effiziente Benennung potenzieller Prüfer unserer ca. 3.400 ehrenamtlichen Prüfer einführen und dadurch die hohe Datenqualität der Prüferdaten sowie der prüferstellenden Unternehmen sicherstellen.
- Die Novellierung des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) – beispielsweise der Zwei-Prüfenden-Regelung und Anpassung der Prüfungsinstrumente – begleiten und umsetzen.
- Zielgerichtet die Gewinnung neuer Prüferinnen und Prüfer durch vielfältige Maßnahmen ausweiten, wie das Prüferfest, eine Prüferkampagne, kostenlose Schulungen, Prüfungssessen, einen Prüfer-Ausweis, Aktionen zum Tag des Ehrenamtes und viele weitere Aktionen.

Fach- und Arbeitskräftepotentiale im Inland heben¹

Weiterbildungen stellen einen wertvollen Bestandteil zur Deckung von Qualifizierungsbedarfen dar und helfen, die Fachkräftebedarf der Unternehmen zu decken. Wir bauen unsere Beratung und Angebote passgenau und modern aus.

- Die Beratung zu Weiterbildungsmöglichkeiten unter dem Label [weiterbildung.berlin](https://www.weiterbildung.berlin) gezielt ausbauen: Die Zusammenarbeit mit Partnern intensivieren und passgenaue Services für Unternehmen etablieren.
- Durch das Digital Education Lab Kooperationen und Entwicklungen digitaler Bildungsinnovationen und Communityaufbau fortführen sowie durch neue und innovative Formate digitale Kompetenzen fördern; den Ausbau de:hub (Initiative des Bundes zur Vernetzung von Mittelstand und Corporates mit Innovationspartnern aus Gründerszene und Wissenschaft) vorantreiben.
- Weiterbildungsangebote flexibel und bedarfsgerecht gestalten, durchführen und vermarkten; Netzwerkstrukturen und strategische Partnerschaften im Berliner Bildungsmarkt weiter ausbauen; externe Angebote integrieren sowie Open Badges (digitale Zertifikate vergeben durch die IHK, um die Teilnahme an Weiterbildungen und die damit verbundenen Kompetenzen nachzuweisen) für die gesamte Kammer einführen.
- Durch Anbieten und Bewerben berufsbegleitender Fortbildungsabschlüsse wie Bachelor Professional und Master Professional gezielt die Qualifizierung, die Aufstiegsmöglichkeiten und die Attraktivität von Unternehmen als Arbeitgeber stärken.

¹ Weitere Maßnahmen zum Heben vom Fach- und Arbeitskräftepotential im Inland siehe S.9.

Berlin braucht zukunftsfähiges Unternehmertum

Internationale Fach- und Arbeitskräfte gewinnen

Die Berliner Wirtschaft ist zwingend auf internationale Fach- und Arbeitskräfte angewiesen. Wir fördern die Arbeitsmarkt-Integration über Pilotprojekte und Beratungsangebote und setzen uns für praktikable Rahmenbedingungen ein.

- Bestehende Unterstützungsangebote für die Rekrutierung, Einstellung und Integration internationaler Fachkräfte sichtbar machen und Unternehmen während des gesamten Prozesses begleiten – insbesondere bei Bürokratie, Sprache, Integration, Zugang und Wohnraumsuche; Umsetzung über digitale Angebote und Netzwerkveranstaltungen.
- Internationale Fachkräfte, die bereits in Berlin leben, insbesondere Studierende und Geflüchtete, fördern und für den Berliner Arbeitsmarkt qualifizieren; Matching-Veranstaltungen für Berliner Unternehmen und internationale Talente anbieten.
- Im Teilprojekt TalentsBridge den Aufbau eines Ausbildungszentrums in Namibia begleiten, um Fachkräfte gemeinsam mit Partnern nach deutschen Standards auszubilden und für den deutschen sowie namibischen Arbeitsmarkt vorzubereiten; Pilotprojekt als Blaupause zur Ausbildung im Ausland nach deutschen Standards durchführen; vorbereitend dafür die Rahmenbedingungen mitsamt einer rechtssicheren Struktur schaffen, welche eine Zuwanderung nach Deutschland ermöglichen und/oder einen in Deutschland anerkannten Abschluss sicherstellen sollen; Start des ersten Ausbildungsgangs für Herbst 2026 vorsehen.
- Arbeits- und Fachkräfte durch Kooperationen mit ausgewählten AHKs in Drittländern gezielt rekrutieren und am Projekt „Hand in Hand for International Talents“ mit monatlichen Recruiting Days teilnehmen.
- Unternehmen einen direkten und effizienten Zugang zu qualifizierten Fachkräften verschaffen, indem über digitale Angebote Kontaktmöglichkeiten zu internationalen Talenten geschaffen und Partner wie Berlin Partner, das Willkommenszentrum sowie die Bundesagentur für Arbeit eingebunden werden und die Arbeit im Business Immigration Services (BIS) wirkungsorientiert erfolgt.
- Bedarfsgerechte Informations- und Beratungsangebote zum Aufenthaltsrecht sowie zur Anerkennung ausländischer Abschlüsse bereitstellen, um Transparenz und Orientierung für internationale Fachkräfte und ihre Arbeitgeber zu schaffen.
- Sich für eine wirksame Migrations- und Integrationspolitik in Berlin einsetzen und Unternehmen bei der Eingliederung internationaler Fachkräfte gezielt unterstützen: u.a. durch den Abbau von Integrationshindernissen, den Ausbau praxisnaher Sprachförderung, die Vereinfachung der Anerkennungsverfahren ausländischer Berufsabschlüsse sowie die Beschleunigung von Antragsprozessen; konkrete Herausforderungen aus der Unternehmenspraxis aufnehmen, in die politische Debatte einbringen und die Umsetzung von Gesetzen – wie dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz – kontinuierlich begleiten und evaluieren. dazu sich zusätzlich zu den Änderungen im BBiG für eine Streichung der benötigten Berufserfahrung im Rahmen der Einwanderung über ein AHK-Zertifikat einsetzen.

Fach- und Arbeitskräftepotentiale im Inland heben²

Die Attraktivität des Berliner Arbeitsmarkts ist auch für die Anwerbung inländischer Fachkräfte zentral. Diese Anziehungskraft wollen wir durch eine zielgerichtete Standortpolitik stärken.

- Den politischen Dialog zum Thema Fachkräftesicherung im Rahmen der Abgeordnetenhauswahl aktiv begleiten: Durch Positionspapiere, öffentliche Veranstaltungen und direkte Gespräche mit Kandidierenden; weiteren Fokus auf der Förderung bedarfsgerechter Wohnangebote zur Stärkung der Fachkräftebindung in Berlin legen.
- Die Aktivitäten zur Mitgestaltung einer Berliner Fachkräftestrategie weiter intensivieren, den Senat bei der Umsetzung gezielt unterstützen, insbesondere durch die aktive Einbringung von Erkenntnissen und Analysen aus dem Fachkräftemonitor.
- Zur Beseitigung des Fachkräftenotstands in Berlin aktiv dafür eintreten, dass der Senat einen politischen Fokus auf die Governance der Fachkräftepolitik legt, u.a. durch die Umsetzung der von der Wirtschaft geforderten Maßnahmen zur Fachkräftesicherung (basierend auf der Fachkräftestrategie des Runden Tisches der Wirtschaft von März 2025).

Neben der gezielten Zuwanderung müssen auch die bereits am Standort vorhandenen stillen Reserven ausgeschöpft werden. Die Erwerbstätigenquote Berlins wollen wir durch das Aufzeigen und Heben potenzieller Beschäftigtengruppen erhöhen und dadurch die Fachkräftelücke verringern.

- KMU bei der Beschaffung und Sicherung ihrer Fachkräfte unterstützen, bspw. Netzwerk- und Kompetenzaufbau; Kriterien zur Auswahl und Empfehlung geeigneter Recruiting- und Relocation-Dienstleister entwickeln und mit Toolbox sowie Aktivitäten im Projekt Internationale Fachkräfte verknüpfen.
- Themenfelder Diversität und stille Reserven integriert in Fachkräftethemen platzieren und darstellen; Inhalte der Diversity-Toolbox adressatengerecht aufarbeiten und in einer Fachkräftetoolbox umsetzen.
- Verteileraufbau für den Newsletter Arbeits- und Fachkräfte und den Ausbau der Netzwerkaktivitäten fortführen sowie weitere Veranstaltungen durchführen; eigene Netzwerke-Angebote entwickeln, bspw. Work in Berlin Community, Berliner HR-Netzwerk; Sichtbarkeit der Mitwirkung bei relevanten Gremien (Bund/Land), auf Plattformen aktivieren und erhöhen; IHK als "Mitgestalterin" positionieren.
- Das Projekt "Gleichstellung gewinnt" mit dem Senat fortführen sowie die Vernetzung mit der Beratungsstelle in Berlin unterstützen.
- Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf stärken, etwa durch das Engagement der IHK Berlin im Berliner Beirat für Familienfragen oder durch die gezielte Forderung nach einer bedarfsgerechten Versorgung mit Betreuungsplätzen für Kinder und pflegebedürftige Angehörige.
- Durch die Mitwirkung in den Beiräten der Jobcenter deren Arbeit gezielt auf die Begleitung des Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramms (AMIP) sowie auf die Evaluation arbeitsmarktpolitischer Instrumente ausrichten.

² Weitere Maßnahmen zum Heben vom Fach- und Arbeitskräftepotential im Inland siehe S.7.

- Durch Kompetenzfeststellung (berufliche Validierung und Teilqualifizierung) aus Arbeitskräften ohne bisherigen Berufsabschluss Fachkräfte machen.
- Bedarfsgerechte Sach- und Fachkundeprodukte (Prüfungen & Unterrichtungen) anbieten; weitere Etablierung digitaler Prüfungen; Erlaubnis- und Registrierungsverfahren für die Finanz- und Versicherungsbranche durchführen.

Assets der Berliner Wirtschaft stärken³

Die Berliner Wirtschaft zeichnet sich durch zukunftsorientiertes Unternehmertum aus. Wir schaffen Sichtbarkeit für mehrwertorientierte Ökonomie und Nachhaltigkeit und sichern eine evidenzbasierte Beratung der Wirtschafts- und Haushaltspolitik.

- Die politische Debatte für nachhaltige und ausgewogene Lösungen in der Transformation begleiten mit dem Ziel, wirtschaftliches Wachstum, ökologische Tragfähigkeit und soziale Verantwortung in eine tragfähige Balance zu bringen.
- Mitglieder weiterhin zu Trends und Chancen des nachhaltigen Wirtschaftens hinsichtlich ökologischer, ökonomischer und sozialer Nachhaltigkeit sensibilisieren, informieren und befähigen; sowohl gesetzliche Anforderungen als auch Handlungsoptionen für nachhaltiges Wirtschaften aufbereiten und in verschiedenen Formaten bereitstellen (z.B. der Sustainability Day, Veranstaltungen des Biodiversitätsbündnisses, Beratungsangebote); im Rahmen der Social Economy-Aktivitäten das Informations- und Beratungsangebote weiter professionalisieren und kommunizieren .
- Eine nachhaltige und damit auf Wirkung und Effizienz orientierte Investitionspolitik des Landes einfordern und die Verausgabung der bereitgestellten Investitionsmittel sowie die Berliner Haushaltspolitik kritisch begleiten. Ziel ist es, Impulse für eine Haushalts- und Wirtschaftspolitik zu geben, die langfristige Werte schafft, Innovationen unterstützt und ökologisch-soziale Verantwortung integriert.
- Die wirtschaftliche Situation Berlins darstellen, interpretieren und veröffentlichen, z. B. in verschiedenen Formaten wie dem Konjunkturbericht oder der „Berliner Wirtschaft in Zahlen“.
- Die Diversität und Vielfalt in der Berliner Wirtschaft durch verschiedene Netzwerkformate adressieren, wie z.B. durch Ausbau und Übertragung der vorhandenen Erfahrungen aus dem Netzwerk für Biodiversität und Unternehmerinnen auf weitere Zielgruppen und ggf. Branchen.

³ Weitere Maßnahmen zur Stärkung der Assets der Berliner Wirtschaft siehe S.14 und S.20.

Unternehmen im Regulierungsumfeld unterstützen⁴

Unternehmen sehen sich in allen Lebenslagen einer immensen Regulierungsdichte gegenüber. Wir stehen den Unternehmen unterstützend von der Gründung bis zur Nachfolge zur Seite und entwickeln unsere Angebote fortlaufend weiter.

- Unternehmen bei Fragen zum Handels- und Gesellschaftsrecht informieren und bei der Eintragung ins Handelsregister unterstützen; im Rahmen hoheitlicher Aufgaben weiterhin Stellungnahmen/Gutachten zu Anfragen des Registergerichts zu Handelsregistereintragungen von neu gegründeten Unternehmen, Zweigniederlassung usw. zur Eintragungsfähigkeit bereitstellen.
- Rechts- und Steuerauskünfte erteilen, damit sich unsere Mitglieder wettbewerbskonform verhalten können, im Jahr 2026 insbesondere die Veranstaltungsreihe "Rechtsänderungen" fortführen.
- Unternehmen mit dem IHK-Angebotsportfolio für die Unternehmensnachfolge durch Informationsveranstaltungen und Beratung im Nachfolgeprozess unterstützen (z.B. in den Themen Ablauf einer Nachfolge, Vorgehen bei einer Unternehmensbewertung, Stolpersteine, emotionale Themen).
- Die Leistungen der Nachfolgezentrale (Matching und Begleitung von übergabereifen Unternehmen und potenziellen Nachfolgenden) in Zusammenarbeit mit den Partnern Handwerkskammer und Bürgschaftsbank fortführen und ausbauen; die Verstetigung der Nachfolgezentrale forcieren.
- Verfahren der öffentlichen Bestellung von Sachverständigen rechtssicher durchführen; das Sachverständigenwesen weiterentwickeln und qualifizierte Benennungen von Sachverständigen gegenüber Gerichten, Verwaltung und Wirtschaft vornehmen und Maßnahmen zur Nachwuchsgewinnung umsetzen.

⁴ Weitere Maßnahmen zur Unterstützung von Unternehmen im Regulierungsumfeld siehe S.19.

Berlin braucht eine pragmatische Stadtentwicklung

Internationale Strahlkraft ausweiten

Internationale Großveranstaltungen ermöglichen weltweite Aufmerksamkeit für unsere Stadt und schon der Weg dahin setzt Kräfte frei. Wir setzen uns intensiv für den Erfolg der Bewerbungen ein.

- Sich für die Weiterentwicklung des Messestandortes Berlin einsetzen und darauf hinwirken, die ICC-Sanierung voranzutreiben, bestehende Leitmessen in der Stadt zu halten und neues Messegeschäft für den Standort zu gewinnen.
- Großveranstaltungen wie Olympia, eine Expo oder eine Internationale Bauausstellung in der Stadt ermöglichen und mit geeigneten Partnern vorantreiben.

Stadträume müssen neu gedacht werden, um den verschiedenen Anspruchsgruppen gerecht zu werden. Wir wollen die Berliner Zentren zu Innovationsräumen weiterentwickeln und dadurch ihre Anziehungskraft erhöhen.

- Am Modellprojekt „100 Meter Zukunft“ zukunftsweisende, nachhaltige Lösungen für den öffentlichen Raum in und an der Fasanenstraße auf Durchführbarkeit und Übertragbarkeit testen, insbesondere in 2026 das Projekt in eine tragfähige Betreiberstruktur überführen.
- Durch den PPP-Wettbewerb Mittendrin Berlin 2025-2026 übertragbare Beispiele für stadtentwicklungspolitische Maßnahmen zur Stärkung der Berliner Zentren und Stadtquartiere initiieren und deren Umsetzung begleiten, insbesondere in 2026 Weiterentwicklung des Wettbewerbs Mittendrin.
- Mit betroffenen Unternehmen sowie den Ehrenamtsgremien Positionierungen bei Planungen auf Landes- und Bezirksebene (Flächennutzungsplanung, Stadtentwicklungskonzepte, bezirkliche Gewerbeflächen- sowie Zentrenkonzepten und Bebauungsplanverfahren) mit Mitgliedsunternehmen diskutieren, abstimmen und in die politische Debatte einbringen.
- Zur Bewältigung der zukünftigen Anforderungen und Aufgaben der Stadtzentren das Papier „Aktionsprogramm Innenstadt“ fortschreiben und auf die Umsetzung der darin beschriebenen Maßnahmen hinwirken, im Jahr 2026 insbesondere die Umsetzung des Stadtentwicklungsplan (StEP) Zentren 2040 kritisch begleiten.
- Für einen Beirat Zentren mit allen relevanten Stakeholdern werben und darüber in geeigneten Veranstaltungsformaten (hier insbesondere: Zentren Gipfel, Fokusgespräche) diskutieren, um gemeinsam den Transformationsprozess gestalten zu können.
- Sich beim Einsatz von städtebaulichen Förderinstrumenten (z. B. Wirtschaftsdienliche Maßnahmen (WDM) positionieren, im Jahr 2026 insbesondere bei der praktischen Anwendung des Gesetzes zur Einführung von Business Improvement Districts – in enger Zusammenarbeit mit den zuständigen Senatsverwaltungen und Bezirken – unterstützen.

Gewerbeflächen und Wohnraum sichern

Berlin ist aufgrund seiner begrenzten Flächen auf ein smartes Flächenmanagement angewiesen. Die Sicherung von Wohnraum als auch von Gewerbeflächen ist zentrale Forderung der Berliner Wirtschaft.

- Die Umsetzung der Vorschläge für eine bessere, ausreichende und beschleunigte Wohn- und Gewerberaumversorgung (z. B. im IHK-Positionspapier „Fünf Bausteine für die Bau- und Flächenpolitik in Berlin“) im Dialog mit der Politik, Verwaltung, dem öffentlichen sowie privatem Bausektor vorantreiben (z. B. im Bündnis für Wohnungsneubau und bezahlbares Wohnen), in 2026 insbesondere das genannte IHK-Positionspapier aktualisieren und die Evaluation des „Schneller Bauen Gesetzes“ sowie die neue Initiative „Einfacher Bauen“ kritisch begleiten.
- Sich weiterhin entschieden gegen Enteignung als Instrument der Wohnungsbaupolitik aussprechen, im Jahr 2026 insbesondere die Entwicklung eines Vergesellschaftungsrahmengesetzes kritisch begleiten und die potenziellen Auswirkungen auf die Wirtschaft in der öffentlichen und politischen Debatte deutlich machen.
- Mit Konzepten und Umsetzungen der Entwicklung von gesamtstädtischen Großflächen im Sinne der Berliner Wirtschaft auseinandersetzen, in 2026 insbesondere Umsetzung des Ideenwettbewerbs am Tempelhofer Feld in die Praxis und die Fortsetzung der Entwicklung der Urban Tech Republic aktiv begleiten, sich für intelligente Konzepte einsetzen, die Flächen für Gewerbe, Wohnraum und Innovationen verbinden und dabei hohe Geschwindigkeit einfordern.
- Das Gesamtinteresse der Wirtschaft bei Initiativen zu Gewerbemieten vertreten, u. a. die erarbeiteten Lösungsvorschläge zu Gewerbeflächen und Gewerbemieten gemeinsam mit Wirtschaft und Politik diskutieren, insbesondere in 2026 Maßnahmen zur Eindämmung weiterer Flächenverluste vorbereiten.

Zukunftsfähige Mobilität entwickeln

Berlin als Weltmetropole muss international gut zu erreichen sein. Wir forcieren zusammen mit Partnern den Ausbau der internationalen Konnektivität.

- Den weiteren Ausbau des BER für den Standort vorantreiben und sich konsequent für die Anwerbung neuer Langstreckenverbindungen und Ausbau von Cityverbindungen einsetzen; dafür im Rahmen der Luftverkehrsinitiative eigene Maßnahmen entwickeln sowie finanzieren, insbesondere in 2026 Engagement der IHK Berlin im Connectivity Board verstetigen und Netzwerkveranstaltungen der Branche unterstützen oder selbst durchzuführen.

Die Wirtschaft ist auf eine intakte Infrastruktur angewiesen. Wir setzen uns stark für den Erhalt und die Sanierung der Infrastruktur ein und unterstützen Ausbauvorhaben.

- Das Positionspapier „4 x 4 Prioritäten für eine zukunftsfähige Verkehrspolitik“ (bspw. zur TVO, A100, I2030 und zur überregionalen Anbindung im Schienenverkehr) im öffentlichen und politischen Raum bewerben und auf die Umsetzung drängen; insbesondere in 2026

einen Stadtentwicklungskongress zum Thema " Globale Perspektiven für Verkehr, Wohnen und Infrastruktur " durchführen.

- Durch die Darstellung von Problembeispielen aus der Praxis auf Veranstaltungen, in Publikationen und durch Presse- und Gremienarbeit die Interessen der Wirtschaft für die notwendige Werterhaltung von Verkehrsinfrastruktur (Brücken, Schlaglöcher, Wasserstraßen) vertreten, insbesondere in 2026 Brückensanierungen kritisch begleiten und auf die Beendigung des Investitionsstaus hinarbeiten.

Wirtschaft braucht offene Verkehrsachsen und Lieferwege. Wir setzen uns für die Berücksichtigung des Wirtschaftsverkehrs in der Verkehrspolitik ein.

- Das Gesamtinteresse der Berliner Wirtschaft bei der planerischen und baulichen Umsetzung der definierten Vorrangnetze des Kfz-Verkehrs, des ÖPNV und des Radverkehrs sowie bei der Umsetzung des Stadtentwicklungsplans Mobilität & Verkehr und des Integrierten Wirtschaftsverkehrskonzeptes vertreten, insbesondere in 2026 den Volksentscheid "Berlin Autofrei" kritisch sowie öffentlich wahrnehmbar begleiten und dabei den Bedarf des Wirtschaftsverkehrs darstellen.
- Die Umsetzung des Kapitels zum Wirtschaftsverkehr für das Mobilitätsgesetz kritisch begleiten und dabei die Umsetzung des IHK-Leitfadens zum Laden und Liefern bewerben; in 2026 insbesondere auf die Ergänzung eines Kapitels Neue Mobilität drängen.

Assets der Berliner Wirtschaft stärken⁵

Um die Innovationsfähigkeit und Strahlkraft der Metropolregion weiter zu entfesseln, fordern wir gute Rahmenbedingungen für die Fokusbranchen und unterstützen den Status Berlins als Erlebnisstadt.

- Die Bedeutung des Tourismus als bedeutender Wirtschaftszweig gegenüber Politik und Verwaltung betonen und auf die Verwendung der Einnahmen aus der City-Tax für den Stadttourismus drängen.
- Die Berliner Politik bei den für eine Creative-Tech-Metropole relevanten Themen begleiten, um die Standortbedingungen für die Branche zu verbessern; dafür die Umsetzung des Masterplans für das Cluster "IKT-, Medien- und Kreativwirtschaft" einfordern, um die wirtschaftliche Bedeutung des Standortes im Zusammenspiel zwischen Kreativ- und Digitalwirtschaft sowie Wissenschaft – national wie international – weiter voranzutreiben.
- Die ökonomischen Wirkungen von Sportgroßveranstaltungen auf den Standort Berlin gegenüber Politik und Verwaltung deutlich machen, um die Verbesserung der Rahmenbedingungen wie der Ausbau und die Modernisierung der unzureichenden Sportinfrastruktur, die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren und die stärkere Berücksichtigung im Hauptstadtmarketing zu erreichen.

⁵ Weitere Maßnahmen zur Stärkung der Assets der Berliner Wirtschaft siehe S.10 und S.20.

Krisen-Resilienz der Unternehmen fördern⁶

Die Auswirkungen internationaler Konflikte und des Klimawandels machen auch vor den Berliner Unternehmen nicht Halt. Wir adressieren die aktuellen Herausforderungen im Energie- und Klimabereich und setzen uns für pragmatische Lösungen für die Unternehmen ein.

- Die Umsetzung der Maßnahmen der Berliner Energie- und Klimaschutzstrategie weiterhin im Sinne der Wirtschaft begleiten; in 2026 insbesondere politische Einflussnahme zu Themen wie dem beschleunigten Ausbau von Windkraftanlagen unter Berücksichtigung von Wirtschaftsinteressen fortführen; darauf hinwirken, lokale Energiekooperationen zu ermöglichen; die Nutzung von Geothermie vorantreiben und die wirtschaftsverträgliche Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen einfordern.
- Rechtliche Umwelt- sowie Energieanforderungen zielgruppengerecht aufbereiten und für Unternehmen transparent machen: über neue energie-, abfall-, wasser- und immissionsschutzrechtliche Novellierungen informieren.
- Dafür eintreten, dass Energie- und Klimapolitik als übergeordnete Prioritätsprojekte gesteuert und koordiniert werden sowie für geeignete Strukturen für eine effektive und effiziente Klimaschutz-Umsetzung unter Einbindung des Knowhows aus der Wirtschaft sorgen.
- Für eine effiziente und wettbewerbsfähige Kreislaufwirtschaft eintreten, in 2026 auch mit Blick auf mögliche regulatorische Entwicklungen die Einführung einer kommunalen Verpackungssteuer in Berlin kritisch begleiten.
- Die Umsetzung des Masterplan Wassers sowie der Wasserstrategie Hauptstadtregion 2050 im Sinne der Wirtschaft begleiten; weiterhin Druck auf Bund und Länder (Berlin-Brandenburg-Sachsen) ausüben, um das angestrebte Bund-Länder-Gremium für ein länderübergreifendes Wassermanagement einzurichten sowie zentrale Finanzierungen für den Erhalt und Ausbau der blauen Infrastruktur zu regeln. In 2026 insbesondere den 4. länderübergreifenden Wasserkongress mit Partnern durchführen.
- Eine Naturschutz- und Klimaanpassungspolitik im Zieldreieck der Nachhaltigkeit umsetzen, im Jahr 2026 Unternehmen bei der Transformation zu mehr Klimaresilienz im Betrieb mit dem Fokus auf die Ressource Wasser und unter Einhaltung der Aspekte der Begrünung und biologischen Vielfalt, begleiten; die Umsetzung des „BaumEntscheidet“ kritisch begleiten und dabei insbesondere die Kosten der Maßnahmen sowie die Auswirkungen auf Wirtschaftsflächen und betriebliche Standortentwicklung in die öffentliche Debatte bringen.
- Freiwillige Umweltleistungen von Unternehmen fördern und darstellen, beispielsweise durch eine Führung des Eco-Management and Audit Scheme (EMAS)-Registers nach IHK-Qualitätsstandards und Berichterstattung zu erfolgreichen Zertifizierungen.

⁶ Weitere Maßnahmen zur Förderung von Krisen-Resilienz der Unternehmen siehe S.18.

Berlin braucht innovatives Wachstum

Wertschöpfung aus Wissenschaft generieren

Der exzellente Wissenschaftsstandort ist eines der größten Assets von Berlin. Wir wollen die Forschung stärker mit der Wirtschaft verzahnen und durch Beratung und Matching dazu beitragen, aus den Ideen an unseren Hochschulen starke Business Cases zu entwickeln und zugleich Impulse und Bedarfe aus der Wirtschaft gezielt in die Forschung zurückspiegeln, um praxisnahe Innovationsprozesse zu fördern und den Wissens- und Technologietransfer in beide Richtungen zu stärken.

- Insbesondere in der Funktion als beratendes Aufsichtsratsmitglied die strategische Ausrichtung von UNITE im Sinne der Berliner Wirtschaft mitsteuern, UNITE als zentralen DeepTech-Akteur vernetzen und Instrumente zur Förderung von KMU gemeinsam mit Partnern entwickeln und umsetzen.
- Die Forderungen der DeepTech-Position weiter auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene vertreten und auf deren Umsetzung hinwirken, unter anderem durch eine Veranstaltung mit europäischen Startup Hubs in Brüssel und Gespräche mit MdBs, AGH-Mitgliedern und höheren Verwaltungsbeamten.
- Eine AG DeepTech im Rahmen der Berliner Startup Unit und der Startup Agenda aufbauen, um ein öffentliches Forum zur Verhandlung von wirtschaftspolitischen Themen mit DeepTech-Bezug zu schaffen; in dieser AG politische Stakeholder u.a. zu den Forderungen der DeepTech-Position beraten, für die Bedeutung forschungsbasierter Gründungen sensibilisieren und mit Akteuren des DeepTech-Ökosystems vernetzen.
- Prüfen, ob und wie wir in Form von Pilotprojekten traditionell benachteiligte Gruppen – insbesondere Frauen – in der Gründungs- und Wachstumsphase im DeepTech-Sektor zielgerichtet unterstützen können.
- Eine Veranstaltung zur Pitch-Vorbereitung und Wissensvermittlung für DeepTech-Gründerinnen und -Gründer anbieten, um deren Fundraising- und Finanzierungsfähigkeit zu stärken; sich zugleich gegenüber der Berliner Landespolitik und der IBB dafür einsetzen, im Rahmen bestehender oder neuer Förderprogramme Top-Standards in der Fundraising-Begleitung zu etablieren und entsprechend zu fördern.
- Die Auswirkungen der selbstschuldnerischen Bürgschaft bei Landesförderinstrumenten für Gründerinnen und Gründer, insbesondere im DeepTech-Bereich, rechtlich und wirtschaftlich analysieren und bewerten; sich darauf aufbauend gegenüber der Berliner Landespolitik und der IBB dafür einsetzen, unverhältnismäßige persönliche Haftungsrisiken abzubauen, Zugangshürden zu senken und konkrete Änderungsvorschläge zur Entlastung der Gründerinnen und Gründer vorzulegen.
- Sich für die effektive Stärkung des IP-Transfers (Übertragung geistigen Eigentums und von Nutzungsrechten) der Berliner Hochschulen und in Berlin einsetzen; gemeinsam mit Stakeholdern aus Hochschulen, Politik, Verwaltung und Unternehmen Hemmnisse sowie Möglichkeiten zur Verbesserung des rechtlichen Rahmens und Best Practices identifizieren und durch ein IP-Transfer-Pilotprojekt und die Mitarbeit in UNITE und dem Berliner Transferrat auf den Weg bringen; als Partner von UNITE und Mitglied des

Berliner Transferrates die durch Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege an UNITE gegebene Aufgabe, gemeinsam mit den Universitäten IP-Transfer-Standards zu entwickeln, aktiv vorantreiben, monitoren und bei Bedarf steuern.

- Sich für eine Stärkung des Berliner KI-Ökosystems und verbesserte Koordination von Politik, Wirtschaft und Wissenschaft bei KI-Themen einsetzen; in dem Kontext mit zentralen Partnern und Verwaltung gemeinsame Maßnahmen für mehr Sichtbarkeit und gelebte Kooperation des KI-Standortes entwickeln; als offizieller Launch Partner dabei die weitere Etablierung des #ai_Berlin Hubs unterstützen und sich aktiv an der Weiterentwicklung von Vernetzungsangeboten sowie der gemeinsamen Dachmarke #ai_Berlin für den KI-Standort beteiligen.
- Geeignete Maßnahmen prüfen, um die Technologie- und Innovationsoffenheit an wichtigen Schnittstellen in Politik und Verwaltung zu erhöhen, insbesondere in den Berliner Bezirken.
- Den bundespolitischen Schwung bzgl. der einfacheren und vereinheitlichten Gründung und Anwendung von Reallaboren und Experimentierklauseln für diesbezügliche Fortschritte in Berlin nutzen und Politik und Verwaltung dabei unterstützen, den Rechtsrahmen auf Landesebene innovationsfreundlicher und transparenter für Unternehmen gestalten.
- Den Wissens- und Technologietransfer basierend auf den Kooperationsverträgen zwischen Berliner Hochschulen und der IHK Berlin in die Berliner Wirtschaft unterstützen: Kooperationsvereinbarungen mit Berliner Hochschulen evaluieren bzw. aktualisieren, um den Austausch zwischen Wirtschaft und Wissenschaft weiter zu intensivieren; darin vereinbarte Maßnahmen und Projekte rund um die Fachkräftesicherung und zur Steigerung der Innovationsdynamik umsetzen, z.B. um internationale Studierende am Standort zu halten und hochschulische Innovationen zu fördern und sichtbar zu machen.
- Für die Einführung eines Indikatoren-Sets eintreten, das verbindlich in die nächsten Hochschulverträge aufgenommen wird, für Universitäten und Hochschulen für angewandte Wissenschaften (HAW) gleichsam gilt, hochschulspezifisch angepasst werden kann, Handlungsspielräume lässt und keinen bzw. nur geringfügigen zusätzlichen Erfassungsaufwand verursacht; die Sichtweise der lokalen Wirtschaft über eine eigene Abfrage ermitteln, veröffentlichen und in das HU-Projekt Transfersurvey einbringen; in 2026 zusätzlich unsere Mitgliedschaft im Berliner Transferrat nutzen, um wichtige Transfer-Stakeholder der Stadt in die Diskussion verbindlich einzubeziehen.
- Die Pilotphase des KMU-Büros an der HTW sowie die darauffolgende Abschlussevaluation kritisch begleiten, alternative Maßnahmen für den aufsuchenden Erstkontakt entwickeln und weiterführende Perspektiven aktiv vorbereiten. Im Jahr 2026 wird es vor allem darum gehen, die Auswirkungen der Sparmaßnahmen in der Wissenschaft abzufedern, indem aus dem bisherigen IFAF und dem KMU-Büro-Piloten heraus weiterhin eine Anlaufstelle für kooperationsinteressierte KMU an den HAWs angeboten wird.
- Im Rahmen der Landekommission Duales Studium Berlin daran mitarbeiten, für das duale Studienangebot notwendige Innovationen, Entwicklungspotenziale und Bedarfe zu identifizieren sowie entsprechende Transfer- und Integrationsmöglichkeiten zu entwickeln und zu begleiten.

Krisen-Resilienz der Unternehmen fördern⁷

Die Sicherheitslage hat sich in den letzten Jahren zunehmend als geschäftskritische Herausforderung für Unternehmen dargestellt. Wir entwickeln und verbessern Angebote zum Aufbau von Krisen-Resilienz und Sicherheitskompetenz der Berliner Wirtschaft

- Gemeinsam mit Partnern sich dafür einsetzen, das Wirtschaftsschutzniveau und die Krisen-Resilienz in Berlin zu heben, u.a. durch eine verbesserte Sicherheitskooperation zwischen Wirtschaft, Politik, Sicherheitsbehörden und Bundeswehr.
- Bedarfsgerechte Serviceformate zu Krisen-Resilienz und Unternehmenssicherheit anbieten, konkret etwa zu den Themen Krisenvorsorge, Informationssicherheit und physische Sicherheitsmaßnahmen.

Die weltweiten Handelsbeziehungen entwickeln sich zunehmend komplexer und volatiler. Die Diversifizierung und Internationalisierung der Berliner Wirtschaft werden wir durch bedarfsgerechte Services und aktivierende politische Flankierung weiter vorantreiben, um die Berliner Unternehmen für die Herausforderungen der Weltwirtschaft zu wappnen.

- Sich gegenüber dem Land Berlin dafür einsetzen, dass es durch geeignete landespolitische Maßnahmen und durch gezielte Initiativen gegenüber Bund und EU dazu beiträgt, die wirtschaftliche Resilienz der Berliner Außenwirtschaft sowie des Wirtschaftsstandorts insgesamt durch import- wie exportseitig widerstandsfähige und in Richtung neuer Absatz- und Bezugsmärkte diversifizierte Lieferketten zu stärken.
- Sich dafür einsetzen, die Berliner Internationalisierungsstrategie, den Aktionsplan 2025–2027 der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe (SenWEB) sowie das Außenwirtschaftsförderprogramm „Programm für Internationalisierung“ strategisch weiterzuentwickeln und stärker auf die Bedürfnisse der Wirtschaft auszurichten; als inhaltliche Basis dienen die IHK-Stellungnahme „Weichen stellen für die Zukunft der Berliner Außenwirtschaft“, die Impulse des IHK-Ausschusses „International agierende Stadt“ (2025) sowie die kommende IHK-Studie zur „Resilienz der Berliner Außenwirtschaft“ (2025/2026).
- Politisch begleitete Delegationsreisen in die wichtigsten Berliner Partnerländer/-städte und politische Austauschformate (u.a. eine Außenwirtschaftskonferenz mit Land Brandenburg) mit dem Senat durchführen; Netzwerk International Board etablieren.
- Bedarfsgerecht zu Zollfragen und zum Außenwirtschaftsrecht beraten, jährlich stattfindendes Format Zollupdate durchführen, Zollworkshops sowie Ländersprechtag anbieten; Zoll- und Außenhandelsdokumente ausfertigen und die bereits angestoßenen Prozesse hin zur volldigitalen Antragsstellung und Ausstellung der Dokumente weiter vorantreiben.
- Sich dafür einsetzen, dass die Zielsetzung der SenWEB gemäß Internationalisierungskonzept 2025 - 2027 über verstärkte Zusammenarbeit in und mit Europa systematisch umgesetzt wird.
- Sich gegenüber dem Senat dafür einsetzen, Maßnahmen für eine verbesserte (schnellere und unbürokratische) Internationalisierung über (neue) Städte-Kooperationen bzw. Hubs im Zuge des Internationalisierungskonzeptes 2025-2027 umzusetzen.
- Eine engere Anbindung Berlins an die EU-Strukturen forcieren; durch den initiierten Koordinierungskreis des Senats mit IHK und Berlin Partner zur Koordinierung der

⁷ Weitere Maßnahmen zur Förderung von Krisen-Resilienz der Unternehmen siehe S.15.

Europapolitik eine systematische Einbindung der Wirtschaft bei europapolitischer Positionierungen Berlins sicherstellen sowie eine wirksame wirtschaftspolitische Vertretung in Brüssel gewährleisten.

- Gute Rahmenbedingungen für Finanzierung und Förderung im Interesse der Berliner Unternehmen mitgestalten, im Jahr 2026 insbesondere durch die Mitarbeit in den Arbeitskreisen EFRE und ESF und die Mitgliedschaft im Beirat der Investitionsbank Berlin. Gleichzeitig für eine mittelstandsfreundliche Finanzierung der Transformation auf Bundes- und EU-Ebene eintreten.

Unternehmen im Regulierungsumfeld unterstützen⁸

Berlin ist Gründer-Hauptstadt. Durch maßgeschneiderte Services für Gründerinnen und Gründer festigen wir diesen Status.

- Weiterhin Mitgliedsunternehmen, Gründende und Start-ups durch Informationsveranstaltungen sowie durch individuelle Beratung zu passenden Förder- und Finanzierungsinstrumente unterstützen, z.B. Finanzierungstag mit Institutionen, Privatbanken für Unternehmen und Gründende sowie eine Veranstaltung mit Business Angels und VCs.
- Für Gründende und werdende Start-ups Beratungsangebote sowie verschiedene Veranstaltungsformate und Netzwerke ausbauen bzw. fortführen; Aktivitäten zur Steigerung des Anteils von weiblichen Gründerinnen z.B. durch die Verknüpfung mit dem Angebot IHK-Unternehmerinnen-Netzwerk fortführen.
- Für eine mittelstandsfreundliche Finanzierung der Transformation auf Bundes- und EU-Ebene eintreten mit dem Ziel eines bürokratiearmen, schnellen Zugangs zu Kapitalmitteln, der den speziellen Anforderungen kleiner und mittlerer Unternehmen Rechnung trägt; dabei den Fokus auf Förderprogrammen und Finanzierungsinstrumenten legen, die Innovationen, Digitalisierung und nachhaltige Transformationsprozesse stärken, ohne Unternehmen durch komplexe Antragsverfahren zu belasten.
- Stellungnahmen zu Gründungsvorhaben bzw. zur Ausübung einer selbstständigen Tätigkeit von nicht EU-Bürgern im Rahmen des § 21 Aufenthaltsgesetz abgeben.

⁸ Weitere Maßnahme zur Unterstützung von Unternehmen im Regulierungsumfeld siehe S.11.

Assets der Berliner Wirtschaft stärken⁹

Wirtschaft endet nicht an Landesgrenzen. Um die Innovationsfähigkeit und Strahlkraft der Metropolregion weiter zu entfesseln, setzen wir uns für gute Rahmenbedingungen für die Fokusbranchen ein und gestalten die wirtschaftspolitische Kooperation mit Brandenburg aktiv mit.

- Den Mitte 2025 begonnenen Prozess der Erarbeitung einer neuen Gemeinsamen Innovationsstrategie für die Länder Berlin und Brandenburg (innoBB) sowie der neuen Forschungsstrategie aktiv mitgestalten und auf eine sinnvolle Verzahnung der Strategien untereinander achten, um über ein kohärent gestaltetes Innovationsökosystem den Transfer von Innovationen in den Markt zu beschleunigen und ihre wirtschaftliche Wirkung zu erhöhen.
- Die Berliner Industriepolitik kritisch begleiten und regelmäßig fachpolitischen Input zu industrierelevanten Themen in die politische und öffentliche Debatte einbringen, um die industrielle Wertschöpfung in Berlin zu stärken und zukunftsfähig auszubauen; dabei wichtige Stakeholder aus Wirtschaft, Politik und Verbänden einbinden; weiterhin das Format „Industrie trifft Start-ups“ als Partner unterstützen und den „Steuerungskreis Transformation der Berliner Industrie (SKIP)“ dazu nutzen, gemeinsam mit Wirtschaftsverbänden konkrete Maßnahmen zu erwirken; die Neuausrichtung des 2026 auslaufenden Masterplan Industriestadt eng begleiten.
- Um Berlin als führenden international wettbewerbsfähigen Gesundheitsstandort zu stärken, den Masterplan Gesundheitswirtschaft umsetzen und dabei gesundheitspolitische Regelungen auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene begleiten; das Nationale Translationszentrum (Berlin Center for Gene and Cell Therapies) unterstützen und die Rahmenbedingungen gemäß der IHK-Position „Gesundheitsstandort Berlin 2030“ für die Unternehmen verbessern.
- Auf die bessere Zusammenarbeit im Metropolraum Berlin-Brandenburg zuvorderst in den Themenbereichen Infrastruktur, Energie und Fachkräfte hinwirken, im Jahr 2026 insbesondere eine Metropolraumkonferenz mit den Brandenburger Kammern durchführen.

Digitalisierungs- und Innovationspotentiale heben

Berlins Anspruch muss sein, bei Digitalisierungs- und Innovationstrends immer mit an der Spitze zu stehen. Wir sind begleitende Partnerin des Bundes und Landes beim Thema Innovation und setzen uns weiterhin für die Sensibilisierung für und Nutzung der Digitalisierung ein.

- Innovationsrelevante Themen des Berliner Senats begleiten, dabei unter anderem Innovationen aus Berlin internationale Sichtbarkeit verschaffen und Innovationen aus der Welt für Berlin „scouten“ mit dem Ziel, diese bei den Großveranstaltungen der IHK Berlin sichtbar zu machen; sich dabei auf Städte und Regionen fokussieren, welche im Rahmen von – auch IHK-induzierten – Delegationsreisen besucht werden, um die sich dadurch öffnenden Gelegenheitsfenster zu nutzen.

⁹ Weitere Maßnahmen zur Stärkung der Assets der Berliner Wirtschaft siehe S.10 und S.14.

- Die Umsetzung der Berliner Digitalstrategien weiter kritisch wie konstruktiv begleiten; dabei steht in 2026 insbesondere die Umsetzung der Open-Source-Strategie im Vordergrund, im Rahmen dessen sich die IHK für eine enge Einbindung der (Digital-)Wirtschaft einsetzt.
- Die Umsetzung der Gigabitstrategie weiter aktiv begleiten und sich beim angekündigten Flächenkonzept für Rechenzentren einbringen.
- Förderinitiativen des Bundes kritisch begleiten und ihre Anwendung in Berlin sowie die Beteiligung durch die Berliner Wirtschaft in themengebundenen Calls prüfen (inkl. SPRIND), Netzwerke knüpfen, um bundespolitisch an Einfluss zu gewinnen und hierdurch positive Wirkung auf den Standort Berlin zu erlangen sowie außerdem Erfahrungen der Berliner Wirtschaft mit Förderprogrammen an die Landes- und Bundespolitik weitergeben.
- Weiterhin mit Information und Sensibilisierung zur IT-Sicherheit, dem Einsatz von KI und Digitalisierung der Unternehmen beitragen; durch Beteiligung an Veranstaltungen von Partnern aus der Verwaltung, Verbänden, Behörden und aus der Berliner Wirtschaft Mitgliedsunternehmen zu relevanten Themen der Digitalisierung informieren, sensibilisieren und befähigen.
- Prüfen, ob über bestehende Erkenntnisse und Angebote hinaus ein zusätzlicher Informationsbedarf hinsichtlich des rechtssicheren Einsatzes von KI in der Kreativwirtschaft besteht.

Berlin braucht eine funktionierende Stadtverwaltung

Deregulierung einfordern

Aufträge der öffentlichen Hand müssen für Unternehmen wieder attraktiver werden. Hierfür fordern wir vehement ein, dass Vergabeverfahren endlich vereinfacht werden und die beste Lösung statt der billigsten das Rennen macht

- Vereinfachung der öffentlichen Vergabe einfordern; in 2026 insbesondere durch Entbürokratisierung und Verschlinkung von Gesetz und Umsetzungspraxis einschließlich höherer Wertgrenzen sowie öffnende Maßnahmen für innovative Unternehmen mit dem Ziel, wieder mehr Unternehmen für öffentliche Aufträge zu interessieren, die Wirtschaftlichkeit von öffentlichen Investitionen zu erhöhen sowie Vergabeprozesse insgesamt zu beschleunigen.
- Sich für die Einrichtung einer neutralen Auftragsberatungsstelle für Unternehmen, die sich an öffentlichen Ausschreibungen beteiligen wollen, einsetzen; hierzu das Einvernehmen mit der Politik herstellen und das Modell einer Trägergemeinschaft unter Beteiligung der IHK Berlin als Grundlage für eine mögliche Umsetzung ab 2027 konzeptionell erarbeiten.
- Durch das Führen eines „Amtlichen Verzeichnisses für präqualifizierte Unternehmen aus dem Liefer- und Dienstleistungsbereich“ die Beteiligung für Unternehmen an öffentlichen Ausschreibungen erleichtern; insbesondere die Vorteile des Verzeichnisses durch öffentlichkeitswirksame Maßnahmen deutlich machen.
- Verstetigung und Ausbau des CityLAB als Schnittstelle zwischen Politik, Verwaltung und Wirtschaft im Rahmen von Verwaltungsmodernisierung und Digitalisierung begleiten; in 2026 unter anderem durch konkrete Vorschläge zur engeren Einbindung des CityLAB in die Modernisierung der öffentlichen Beschaffung.
- Sich dafür einsetzen, die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts zu stärken, indem eine unternehmensfreundliche Steuer- und Rechtspolitik verstärkt in die politische Entscheidungsfindung einfließt (z. B. über den Bundesrat).

Die Verwaltungsreform ist nach vielen Jahren auf den Weg gebracht worden. Dieses Momentum muss für deren weitere konsequente Umsetzung sowie die Beschleunigung und Digitalisierung der Verwaltung genutzt werden, um Bürokratie endlich spürbar abzubauen. Wir begleiten diesen Prozess sehr eng mit unternehmerischer Expertise.

- Entschlossenen Bürokratieabbau einfordern und das Thema durch eine einschlägige Veranstaltung weiter vorantreiben; die Politik zu wirksamen Maßnahmen sowohl systemisch als auch branchenspezifisch antreiben – z.B. die ergebnisoffene Prüfung eines möglichen Normenkontrollrates auf Landesebene einfordern.
- Auf Basis vorliegender Ausschussumfrageergebnisse, zusätzlicher Recherchen und gezielter Fachverbandsabfragen konkrete, vom Land Berlin verursachte bürokratische

Belastungen identifizieren, für diese umsetzbare Lösungsvorschläge zum Abbau entwickeln und diese gegenüber Politik und Verwaltung adressieren.

- Die Berliner Politik und Verwaltung bei der Umsetzung der Verwaltungsreform unterstützen und dabei die Belange der Unternehmen vertreten, im Jahr 2026 mit einem Schwerpunkt auf verfassungsrechtlichen Änderungen, dem neuen Landesorganisationsgesetz und dem landesweiten Aufgabenkatalog; in Abstimmung mit zentralen Partnern aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft Vorschläge zur Novellierung der Bezirksverfassung vorlegen, um die Reformeffekte zu verstärken, Entscheidungsprozesse zu beschleunigen und die Steuerungs- und Leistungsfähigkeit der Landes- und Bezirksebenen zu steigern.
- Mehr Tempo bei der konsequenten Digitalisierung der Verwaltungsleistungen einfordern; in 2026 u.a. die Entbürokratisierung und digitale Optimierung gewerberechtlicher Antragsverfahren, Befähigung des ITDZ zum innovativen und leistungsfähigen Landes-IT-Dienstleister.
- Personalpolitik und -management des Senats mit innovativen Vorschlägen zu relevanten Themen begleiten; in 2026 insbesondere zur Umsetzung des Personalentwicklungsprogramms 2030, zum fortlaufenden Abbau personalrechtlicher Hürden, der Lohnangleichung zwischen Land und Bezirken sowie zu Effizienzpotenzialen durch verstärkte Digitalisierung.
- Kontinuierliche für eine moderne und zielstrebige Digitalpolitik sowie eine leistungsstarke digitale Verwaltung einsetzen; zu zentralen digitalpolitischen Vorhaben wie bspw. die Ausgestaltung des Digitalgesetzes, die Umsetzung der Berliner Digitalstrategie oder die Stärkung von Digitaler Souveränität und Open Source aktiv positionieren.

Berlin braucht eine leistungsstarke Industrie- und Handelskammer

Nur durch eine leistungsstarke IHK kann Berlin seine Position als erfolgreicher internationaler Wirtschaftsstandort weiter ausbauen und sich gegenüber der Politik Gehör verschaffen. Basis dafür ist die Nähe der Kammer zu ihren Mitgliedern über relevante Themen und Angebote sowie eine hohe Sichtbarkeit und Reichweite ihres Agierens. Gradmesser für den Erfolg ist der Anspruch, im Jahr 2027 eine Wahlbeteiligung von mindestens 10% zu erreichen.

- Mit Blick auf die IHK-Wahl 2027 vorbereitende Maßnahmen treffen, insbesondere Beschaffung des digitalen Wahltools und Erarbeitung der Wahlordnung; zur Steigerung der Wahlbeteiligung eine Kommunikationskampagne erarbeiten und Kontaktpunkte zu ca. 100.000 Mitgliedern aufbauen.
- Zusätzliche passive Mitgliedsunternehmen für eine zukünftige Nutzung von IHK-Leistungen mithilfe sogenannter vertrieblicher Kontakte (insb. Unternehmensbesuche und Vertriebsveranstaltungen) aktivieren.
- Die digitale Kontaktaufnahme per E-Mail mit Fokus auf den persönlichen Kontaktdaten von wahlberechtigten Unternehmerinnen und Unternehmern ausbauen, in 2026 insbesondere die Optimierung und Konsolidierung der E-Mail-Aussendungen weiterführen.
- Das Projekt für ein digitales Self-Service Portal auf Basis einer eigenen Digitalisierungs- und Entwicklungsplattform insbesondere mit der Zielgruppe Unternehmerin und Unternehmer weiterführen.
- Die "IHK-Pop-up-Büro"-Tour als temporärer IHK-Präsenz vor Ort in den Bezirken fortsetzen und entsprechend ständiger Auswertung ausbauen, um insbesondere jene Unternehmen zu erreichen, für die eine Präsenz vor Ort maßgeblich ist, um mit der IHK in Kontakt zu treten.
- Daten nach der Migration in einem neuen CRM konsolidieren; in Vorbereitung auf die IHK-Wahl 2027 Auswertungen bereitstellen, Datenkonsolidierung organisieren und durchführen;
- Strukturiertes Onboarding der neuen Dienstleister mit Fokus auf klarer Rolle, Zielbild und etabliertem Kommunikationsweg, um eine reibungslose Integration in unsere Marken- und Arbeitswelt zu gewährleisten: Fokus auf Umsetzung einer kommunikationsstarken Imagekampagne, die insbesondere als Prolog für die VV-Wahl 2027 dient; weiteren Schwerpunkt auf der schrittweisen Integration des neuen Corporate Designs in alle bestehenden Kommunikationsmittel und digitalen Touchpoints legen, um eine konsistente Markenwahrnehmung über sämtliche Kanäle hinweg sicherzustellen.
- Die Social-Media-Kommunikation der IHK Berlin unter den Leitgedanken stellen, Inhalte konsequent an den Bedürfnissen klar definierter Zielgruppen und entlang strategischer Metathemen ausrichten; Fokus auf eine klare Rollenzuweisung der einzelnen Kanäle im Kommunikationsmix legen, um Relevanz und Wiedererkennbarkeit zu stärken; Zusammenarbeit newsroom-basiert organisieren, sodass Themen, Planung und Umsetzung kanalübergreifend und effizient im Team gesteuert werden; für aktiven Dialog Reaktionsfähigkeit schaffen.

- Multiplikatoren aus unseren Zielgruppen Politik/Unternehmen/Verbände in der politischen Kommunikation verstärkt einbinden, Community-Management für eine Steigerung der Engagement-Rate ausbauen und neue SoMe-Formate für einen größeren Impact bei den Themen unserer Handlungsfelder entwickeln.
- Neues Redaktionstool und den bestehenden Redaktionsplan zum Themensteuerungs- und Planungsinstrument weiterentwickeln, um nach dem Newsroom-Prinzip unsere Themen für die verschiedenen Kanäle so aufzubereiten, dass sie die bestmögliche Resonanz (=Relevanz vor Reichweite) erzielen
- Neuen redaktionellen Dienstleister onboarden mit Fokus auf Steigerung der Reichweite von Berliner Wirtschaft Online (BWO) und BWO-Newsletter; Neu-Ausschreibung der Print-Version vorbereiten.
- Planungen zur Sanierung und Modernisierung des Konferenzentrums und des Goldbergersaals nach erfolgtem Architektenwettbewerb aufnehmen.
- Das Ludwig Erhard Haus beleben, auch in 2026 die zahlreichen und erfolgreichen Formate (IHK-Großveranstaltungen, kleinere Präsenzveranstaltungen sowie digitale Angebote) planen und umsetzen sowie die externe und kleinteilige Vermietung der Veranstaltungsflächen ausbauen.

